

# unimut

ZEITUNG <sup>an</sup> DER UNI HEIDELBERG

<p><b>Bildungspolitischer Diskurs</b> Zur Sachzwanglogik des Bologna-Prozess - Seite 3 -</p>	<p><b>Legitime Interessen?</b> Zur Rolle von Lobbygruppen in der Finanzmarktpolitik - Seite 9 -</p>	<p><b>Zum Erscheinen des Briefwechsels zwischen Ingeborg Bachmann und Paul Celan</b> - Seite 15 -</p>	<p><b>Die Finanzkrise als Chance?</b> - Seite 10 -</p> <hr/> <p><b>Hintergründe aus Griechenland</b> - Seite 11 -</p>
--	---	---	---

## Gegen Studiengebühren gestimmt

**Aktionen der Initiative gegen Studiengebühren (IniGSt) bringen die Bedeutung gebührenpflichtigen Studierens wieder ins Gespräch**

Vergangenen Samstag machten sich auf der Heidelberger Hauptstraße mehrere Grüppchen von Studierenden durch lautes Musizieren bemerkbar. Den interessierten Passanten klärten Flyer und Plakate über den Sinn und Zweck der überraschenden Geräuschevielfalt auf. „Freie Bildung für Alle“ stand da geschrieben. Oder „We sing hard for the money!“ Die im Sommer 2008 gegründete *Initiative gegen Studiengebühren (IniGSt)* hatte die Aktion organisiert, um Aufmerksamkeit auf die Benachteiligung sozial schwächer gestellter Studierender durch die Gebühren zu lenken. 75 Heidelberger schlossen sich am Samstag der IniGSt an und setzten sich mit ihrer Singstimme oder instrumental für eine sozial gerechtere Bildungspolitik ein.

Kurz vor Beginn der Weihnachtspause wurde mit der „Ruperta Carola“ eine Zeitung von der IniGSt in Umlauf gebracht, die eine Abschaffung der Studiengebühren proklamierte. Die Aktion führte zu ganz verschiedenartigen Reaktionen unter den Heidelberger Studierenden. „Hast du schon gehört? Die Studiengebühren sind abgeschafft!“ tönte es hier und dort heiter in Mensen oder Bibliotheken. → Forts. S.2



## Editorial

### Liebe Leserinnen und Leser,

wir freuen uns Euch mit der vierten Ausgabe des Unimut im neuen Jahr begrüßen zu dürfen. Was gibt es Neues in der Welt? Christian Klar hat nach 26 Jahren den nahegelegenen Knast in Bruchsal verlassen – auch ohne die vielgeforderte Reue. Bush verlässt in diesen Tagen das Weiße Haus – ebenso ohne Reue. Für die Menschen im Nahen Osten kann derzeit jedenfalls von einem Frohen Neuen Jahr keine Rede sein. Und für uns erwies sich die angemessene Thematisierung der Ereignisse in Gaza als ebenso schwierig wie wichtig, sodass wir uns entschlossen haben, zum Ende des Semesters dazu ein Themenheft rauszubringen, in dem wir verschiedenen Stimmen zu jenem hochkontroversen Thema eine Plattform bieten werden. In der Debatte um die Entwicklung der Universitätslandschaft bleiben der Bologna-Prozess sowie – wer hätte's gedacht – die Studiengebühren weiter zentrale Themen. Während alle scheinbar gelähmt darauf warten, was nun aus der Finanzkrise wird, tobt in Griechenland weiter die Revolte – auch wenn die breite Berichterstattung nach anfänglich spektakulären Bildern von brennenden Weihnachtsbäumen anscheinend das Interesse verloren hat. Wir wünschen euch viel Spaß beim Lesen und beim Bestaunen des Naturereignisses des neuen Jahres – dem zugefrorenen Neckar!

*Eure UNiMUT-Redaktion*

## Termine

### Allgemeines

#### Theater

„Im Palankin“, Erasmustheatergruppe am Germanistischen Seminar, 22.-25.1.09 jeweils 20 Uhr im Romanische Keller, Eintritt 4 / 6€

Reservierung: [VezaCanettiPalankin@yahoo.com](mailto:VezaCanettiPalankin@yahoo.com)  
ESG-Theatergruppe Mikrokosmos, Premiere 14.1.09, 19Uhr, Saal in der ESG, Plöck 66

#### Kino

Filmtage des Mittelmeers, 15.1. - 28.1.09, Karlstorkino, z.B. „Elli Makra 42277 Wuppertal“ aus Griechenland, Sa. 17.01.09: 18.00 Uhr,

So. 18.01.09: 16.15 Uhr

#### Probenvorträge Germanistik neuer ProfessorInnen

23.1.09, 9-18Uhr, Germanistisches Seminar, Hauptstrasse 207-209, Raum 137

#### Uni-Parties der Fachschaften:

**Biologie & Chemie** Fr, 16.01. / 21.00 / INF 252 | **Archäologie & Geschichte** Sa, 17.01. / 21.00 / Triplex

Immer aktuelle Termine online auf [www.unimut.org](http://www.unimut.org)

*Forts. von S.1:* Bei so manch einem wurde die Freude durch hämische Kommentare der Mitstudierenden gedämpft: „Da rächt sich die Angewohnheit, das Zeitungslesen auf die Schlagzeile zu beschränken“. Auch Schadenfreude ließ nicht lange auf sich warten: „Wie peinlich, die haben ja Eitel falsch geschrieben“, grinste eine Studentin. Als die satirische Absicht der vermeintlichen Neuigkeit deutlich wurde, kam bei manchen Enttäuschung auf: „Über sowas macht man keine Scherze! Leute zahlen jetzt vielleicht nicht und werden exmatrikuliert“, so ein Student. Wollten die Mitglieder der IniGSt ihre Kommilitonen aufs Korn nehmen? „Unsere Absicht war, die Gründung der Initiative gegen Studiengebühren bekannt zu machen und die Gebühren wieder in den Fokus der Aufmerksamkeit zu rücken. Die Seite 2 der „Ruperto Karola“ enthielt deshalb

Fakten zu den aktuellen bildungspolitischen Entwicklungen und Informationen über die Initiative.“ so IniGSt „Wir würden uns freuen, wenn noch mehr Heidelberger Studierende daran interessiert wären, sich zusammen mit uns für eine sozial gerechtere Bildung einzusetzen.“ Einige Studierende scheinen sich bereits mit der Zahlung der Gebühren abgefunden zu haben. Die Gründung der IniGSt jedoch zeigt, dass sich eine neue Generation Heidelberger Studierender wieder kritisch mit Bildungspolitik auseinandersetzt. Proteste bei Einführung der Studiengebühren dürften wenige überrascht haben, neuer Initiativegeist jedoch nachdem die Gebühren bereits 4 Semester bestehen, ist bemerkenswert. Studiengebühren müssen nicht als unveränderlicher Status Quo akzeptiert werden.

amh

## Hochschulen unter (Öko-)Strom

### Erstes Projekt des bundesweiten Netzwerks „Klimagerechte Hochschule“ in Heidelberg

Anfang Dezember 2008 hat sich auf Initiative des Umweltreferats der Uni Leipzig das bundesweite Netzwerk „Klimagerechte Hochschule“ gegründet. VertreterInnen von Ökoreferaten und grün (-interessierter) Gruppen von Hochschulen aus sieben Bundesländern schlossen sich zusammen, um sich gemeinsam für klimagerechte und grünere Hochschulen einzusetzen. Denn obwohl Klimaschutz inzwischen in der breiten Mehrheit der Gesellschaft als eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts angesehen wird, scheint die Problematik an den Hochschulen noch nicht angekommen zu sein. Ein Umdenken in der bis-

lang „normalen“ Funktionsweise der Hochschulen wäre gefordert, aber nur bei wenigen Hochschulen findet bereits ein Umdenken statt. Dabei gibt es auch für Institutionen viele Möglichkeiten, das Klima zu schützen: Verbesserung der Energiebilanz der Gebäude, Wechsel zu Ökostrom, Umstellung auf Mensaessen aus biologischer Landwirtschaft. . .

Für das nächste Sommersemester will das Netzwerk zunächst das Thema Ökostrom angehen. Dafür ist eine groß angelegte, bundesweite Kampagne geplant, die nicht nur Studierende, sondern auch ganze Hochschulen zum

Wechsel zu reinen Ökostromanbietern bewegen soll. Da die Hochschulen mit ihren großen Rechenzentren, Versuchsanlagen, Laboratorien und vielen Gebäuden einen besonders hohen Energieverbrauch haben, wäre ein Wechsel zu Ökostrom ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz. Auch einige Heidelberger Studierende gehören dem Netzwerk „Klimagerechte Hochschule“ an und wollen die

Kampagne im nächsten Semester mittragen. Wer Interesse am Thema hat und sich der Gruppe anschließen möchte, findet auf der Homepage des Netzwerks mehr Informationen, unter anderem ein ausführliches Konzept des Ökostrom-Projektes, und Kontaktdaten:

[http://unisolar.dresdener27.de/Klimagerechte\\_Hochschule](http://unisolar.dresdener27.de/Klimagerechte_Hochschule)  
von Nina Treu

---

## „Verzeihen Sie, werter Herr, aber das ist falsch!“

### Der deutsche Weg im Bologna-Prozess, oder: was Bologna nicht ist

„Bachelor? Berufsqualifizierender Abschluss in 3 Jahren? Vorgegebener Stundenplan und Leistungsdruck? Ich bin damit auch nicht zufrieden, früher konnten wir ganz ohne Scheine studieren und waren deshalb nicht minder motiviert – eher im Gegenteil. Aber leider müssen wir das wegen des Bologna-Beschlusses so umsetzen.“ Wer hat diese Argumentation nicht schon einmal von einem Prof oder einer Politikerin gehört? Der böse Bologna-Prozess! Doch nur wenige geben darauf die richtige Antwort. Denn die heißt: „Verzeihen Sie werter Herr, aber das ist falsch!“

Die Umstellung auf BA/MA sei eine Pflicht? Weit gefehlt: der Bologna Beschluss hat keinerlei völkerrechtliche Wirkung –, ist eine unverbindliche politische Zielerklärung von europäischen Bildungsministern. Und dieser Beschluss erwähnt den Terminus „Bachelor“ in keiner Zeile. Lediglich die Aufspaltung der universitären Bildung in zwei Abschnitte nach anglo-amerikanischem Vorbild („undergraduate“ und „graduate“) wird *unverbindlich* angestrebt. Er setzt keine feste Studiendauer fest, sondern spricht von „*mindestens* 3 Jahren“ – nach oben keine Grenze. Keine Silbe über starre Studienverläufe – nur nach Modulen soll unterteilt werden. Ob diese verpflichtend oder frei wählbar sind, wird nicht festgelegt. Leistungspunkte und Noten auf jede Hausaufgabe? – Nur ein einheitliches Bewertungssystem nach dem Modell der ECTS-Punkte, ein Modell des ERASMUS-Programms, um die Mobilität europäischer Studierender zu verbessern. Mit Bologna aber hat das mitnichten zu tun. Dort wurde noch nicht einmal festgelegt, jedes einzelne Modul habe mit einer Prüfung zu schließen.

All diesen Fakten zum Trotz wurde in den vergangenen Jahren von Politik und unwissenden oder nachziehenden WissenschaftlerInnen ein Diskurs gesponnen, der „Bologna“ zur Rechtfertigung einer jeden bürokratischen Regelung machte. Entweder direkt (z.B. zur obligatorischen, genauer: rektoratspolitisch aufoktroierten 6-Semester-BA-Regelung) oder indirekt, wenn bereits getroffene Veränderungen „auf Basis von Bologna“ zu wiederum „notwendigen“ Neuregelungen führen – wie etwa zur Einführung selektiver Eignungsfeststellungsverfahren. So wurden aus „mindestens 3 Jahren“ BA diskursiv obligatorische 6 Semester. Dass es auch hierfür keinerlei verbindliche Regelungen gibt, zeigt sich daran, dass sich dem Diskurs widersetzende WissenschaftlerInnen auch Bachelorstudienordnungen mit acht Semestern realisieren konnten (wie in der Darmstädter Soziologie).

Kurzum: die aktuellen Lehr-Lern-Bedingungen in Deutschland beruhen gerade nicht auf einer Regelung „im Sinne Bolognas“, geschweige denn auf einer allgemein bindenden

Gesetzesgrundlage, sondern sind teils Ergebnis bundes- und landespolitischer Entscheidungen, teils Ergebnis einer unvorbereiteten bildungspolitischen Bürokratie. Kurz: Was aus dem Bolognabeschluss gemacht wurde, ist nur eine (!) von vielen möglichen Interpretationsmöglichkeiten. Diese wurde aber so lange wiederholt bis die nun aktuelle „Sachzwanglogik“ entstanden ist. – Während in anderen europäischen Ländern (besonders in Skandinavien oder den Niederlanden) nicht der BA, sondern der MA als Regelabschluss gilt, bedarf es nach Beschluss der Kultusministerkonferenz 2002 „besonderer Befähigungsnachweise“ zum deutschen Master-Studium.

Im Hintergrund steht nicht nur die bürokratische Sachzwanglogik, die Durchschleusung einer breiten BA-„Masse“ lasse finanziell nur noch eine begrenzte Elitenausbildung zu. Der bildungspolitische Diskurs der letzten Jahre zeigt vielmehr, dass sich mit dieser Sachzwang-Argumentation auch eine politische Linie zur sozialen Elitenförderung verbindet. Zielen die Bologna-Akteure ursprünglich auf die fundierte Ausbildung einer möglichst breiten sozialen Schicht, orientiert sich die deutsche Bildungspolitik vor allem am ökonomischen Modell des freien Wettbewerbs (Exzellenzinitiative, Drittmitteleinwerbung, Eignungsfeststellungsverfahren, Stipendienvergabe usw.). Bildung wurde damit mehr und mehr als Dienstleistung geprägt, die zu bezahlen (Studiengebühren) und allein auf „Employability“ auszurichten ist. Der deutsche Bologna-Prozess wurde zum „Beschleunigungs- und Verbilligungsprozess“ (Torsten Bultmann), dem eine inhaltliche Fundierung über Studienqualität, Lehr-Lern-Formen und Zweckmäßigkeit eines Studiums (wie etwa Förderung individueller Urteilsbildung) bis heute fehlt.

Vor diesem Hintergrund bedarf es dringend lokal organisierter Initiativen, die BA- und MA-Studiengänge zu reformieren. Dem auf den ersten Blick willkürlichen, auf den zweiten Blick aber von spezifischen Interessengruppen (u.a. auch dem CHE von Bertelsmann) dominierten Bildungskonzept ist ein Modell entgegenzusetzen, das Studienqualität nicht an seiner wirtschaftlichen Verwertbarkeit oder bürokratischen Realisierbarkeit orientiert, sondern an den fachspezifischen und gesellschaftlichen Anforderungen wissenschaftlicher und demokratischer Ausbildung. Lernende wie Lehrende sind dazu aufgerufen, die gesetzlichen Freiheiten, die derzeit (noch) existieren, zur Realisierung *ihrer* Bildung zu nutzen. Gerade jetzt wäre der richtige Zeitpunkt dazu.

Von Michael Kolain und Friedemann Vogel

# Autonomie der Hochschule?

**Sie ist zur Zeit in aller Munde, kein liberaler Bildungspolitiker lässt es sich nehmen ihre Umsetzung massiv zu fordern. Und das Schlimmste: Ihre Umsetzung ist längst im vollen Gange. Doch was steckt hinter der aktuell so populären „autonomen“ Hochschule?**

Vorsicht bei Forderungen nach „Freiheit der Hochschule“ ist geboten. Der zunächst positiv geprägte Begriff muss hinterfragt werden: Freiheit für wen? Oder Freiheit zu was? Schon Immanuel Kant verdeutlichte den Unterschied zwischen positiver und negativer Freiheit. Die Unterlassung dieser kritischen Betrachtung hat in der Geschichte zu zahlreichen Verblendungen geführt.

Wer an der „autonomen“ Hochschule Freiheit für die Wissenschaft und Lehre oder womöglich gar Demokratie erwartet, wird grundlegend enttäuscht werden. Konkret geht es zwar um die Abschaffung der staatlichen Vorschriften für die Uni in Hinblick auf Organisation, Struktur und vor allem Finanzierung. Die so geschaffene Freiheit wird allerdings postwendend auf die freie Wirtschaft übertragen!

## Unternehmerische Strukturen

Die Fach- und Finanzaufsicht der Uni soll ein Aufsichtsrat übernehmen, ähnlich dem in einem Wirtschaftsunternehmen. Seit 2006 ist er an der Uni Heidelberg Realität. Er ist mehrheitlich (6:5) mit externen Vertretern der Wirtschaft und nur noch teilweise mit internen Kräften besetzt. So wird eine Wandlung der Uni von öffentlichen Bildungseinrichtungen zu wirtschaftlichen Akteuren im Internationalen Wettbewerb gewährleistet.

Dieser sichergestellte Wettbewerb soll, frei nach den Ansichten der liberalen Marktwirtschaft durch Konkurrenz „exzellente Studienbedingung“ schaffen. Hinter der Forderung nach Wettbewerb steht eine elitäre Ideologie und die Kommerzialisierung der Bildung. Letztere verkommt im Zuge dieser Entwicklung zu einem Produkt, welches man sich für die Steigerung seines Marktwertes leistet.

## Es wird konkret: Studiengebühren...

Da das Produkt Bildung sich nun auf dem Markt behaupten muss, geschieht die Einstufung ihres Wertes natürlich über den Preis. Durch die Maßnahmen der „autonomen“ Hochschule ist es jeder Uni möglich „ihre Preise“ (heute noch Studiengebühren genannt) auf dem Markt durchzusetzen.

Je nachdem wie sehr die Uni nach außen hin als „exzellent“ wahrgenommen wird, desto höher kann ihr Preis sein. Dadurch kommt es zu einer Spaltung des gesamten Bildungssektors in sehr gut ausgestattete, aber teure Eliteuniversitäten und unterfinanzierte, billigere Massenhochschulen, die einen schlechten Ruf genießen. Auf dem späteren Arbeitsmarkt wird sich die unterschiedliche Wertigkeit der verschiedenen Abschlüsse, trotz der formalen Gleichheit, bemerkbar machen.

Das Geld entscheidet, an welcher Uni man sich einen Abschluss leistet. Mit der Schaffung von propagierten „Leistungseliten“ (Schavan) hat diese Entwicklung wenig zu tun. Da hilft auch der hoch gelobte Stipendienausbau auf 1% der Studierenden nicht viel weiter. Davon abgesehen, dass Studierende aus den oberen sozialen Schichten laut Statistik leichter ein Stipendium bekommen als andere, ist dieser Anteil nicht mal ansatzweise genügend, um von Sozialverträglichkeit oder gar Gerechtigkeit zu sprechen.

## Fazit:

Im Rahmen der neuen Hochschulgesetze wird Freiheit für die Hochschulen gefordert. Allerdings nicht für Studierende oder Lehrende. Es wird die Freiheit gefordert, die Universität den Profitinteressen des Marktes auszusetzen. Dies führt zu einer allgemeinen Abwertung des deutschen Bildungssystems. Alle Fördermittel und -möglichkeiten werden auf elitäre Kleinstgruppen konzentriert, anstatt einer breiten Gesellschaftsschicht die beste Bildung zu ermöglichen.

Eine komplett öffentlich finanzierte Hochschule ist nur an Regelungen eines demokratischen Gesetzgebers gebunden und nicht von den anonymen Marktprozessen der freien Wirtschaft abhängig. So wird sie einer freien und kritischen Bildung sehr viel mehr gerecht als die „autonome“ Hochschule.

*von Jonas Bust-Bartels*

## Kindersicherung

17 evangelische Kindertagesstätten in Berlin-Mitte planen, zukünftig „aus Sicherheitsgründen“ die Fingerabdrücke der Eltern zu scannen. Damit wollen sie ein Verifikationssystem aufbauen, so dass alle Kinder auch den richtigen Eltern zugeteilt werden können.

nbb

## Noten und Selbstbetrug

Dieser Text soll Zeugnis ablegen. Es liegt vor mir auf dem Tisch, erlaubt mir seinesgleichen auszustellen und erinnert mich an meinen Betrug.

Alles begann an einem kalten Wintermorgen als ich für Sportmedizin lernte. Ich las gerade, dass es nicht möglich sei den Herzschlag willentlich zu beeinflussen, als meine Gedanken mal wieder abschweiften und bei der Examensprüfung halt machten. Mein Herz schlug schneller.

Was soll das? Warum kann der bloße Gedanke an eine Prüfung meinen Herzschlag beschleunigen? War mir die Note wirklich so wichtig?

Nein. Noten sind mir nicht wichtig. Ich lasse mich nicht von einer Person, die mich nicht kennt, auf eine Zahl reduzieren, die weder objektiv noch vergleichbar ist, versuche ich mir einzureden. Die letzte kostbare Zeit meines Studiums möchte ich nicht damit verbringen nur noch an eine Zahl-Komma-Zahl Kombination zu denken.

Noten dienen nicht nur der Bewertung einer Leistung, sondern unter Umständen auch der Selektion, wenn sie etwa Zugangsberechtigungen oder Arbeitsplätze verteilen. Die Vergabe der Referendariatsplätze hängt allerdings nicht von Noten ab und bei den späteren Einstel-

lungschancen sind wohl Fächerkombination und Zusatzqualifikationen eher entscheidend.

Der Termin der ersten Prüfung rückt näher, die Lernzeiten werden länger und die Gedanken an die Prüfung werden häufiger. Warum? Ich war doch zu dem Schluss gekommen, dass mir die Note nicht wichtig sei.

Der große Tag ist da. Ich sitze in einem Raum mit drei Professoren und auch ein Lehrer ist anwesend. Die Prüfung verläuft ernüchternd.

Ich konnte mein Wissen nicht zeigen, hätte eine bessere Note erwartet. Der Lehrer lässt sich zu einem Kommentar verleiten: „Thema XY liegt ihnen wohl gar nicht“. Er meint mein Lieblingsthema. Freunde warten vor der Tür und versuchen aufzumuntern. In der Folgezeit immer wieder die Frage: „Na, wie ist dein Examen gelaufen.“ Es folgen Bekundungen, dass Noten nichts aussagen, aber ich spüre den Versuch aufzumuntern und hätte doch lieber Anerkennung. Einige Zeit später das nächste Examen. Der Zufall will es, dass derselbe Lehrer Prüfungsbeisitzer ist. Kurze Zeit später verlasse ich Freude strahlend den Raum, begleitet von anerkennenden Worten des Lehrers. Ein schöner Pädagoge, der da ein so schnelles Urteil fällt, aber diesmal

### **Kein Herz für die Generation Praktika**

Monatelang diskutierten Arbeits- und Bildungsministerium über eine Initiative für fairere Praktika. Das Ergebnis: kein Ergebnis. Unsere Bundesministerin für Bildung und Forschung Schavan (CDU) stemmt sich gegen jede Form von Regulierung. nbb

genieße ich es. Dabei verdanke ich den guten Eindruck dem Professor, der so freundlich war zu fragen, was ich wusste und nicht nach dem suchte, was ich nicht wusste.

Nein. Noten sind nicht wichtig. Mit jedem Lob und jedem anerkennenden Wort wegen der guten Prüfung beginne ich zu zweifeln. Endlich liegt der Brief vom Regierungs-

präsidium im Briefkasten. Ich öffne ihn sogleich und dann ist das Unfassbare geschehen. Man hat sich bei meiner Endnote verrechnet, um zwei Kommastellen zu meinen Ungunsten. Ich spüre wie mein Herz pocht und halte auch schon den Hörer in der Hand. Ich habe nichts dazu gelernt und muss einsehen, dass mir sogar eine Nachkommastelle so

unendlich wichtig ist. Schuld an allem sind wir alle, die wir ständig nach Noten fragen und Lob, Anerkennung, Trost oder gar Tadel bekunden und so zur Konditionierung auf gute Noten beitragen, der wir schon seit Kindesbeinen ausgesetzt sind. Alles Rationale in mir spricht weiter gegen die doch so zufälligen Noten und ich werde weiter daran arbeiten Denken und Fühlen und Handeln in Einklang zu bringen. Eine Lebensaufgabe wie mir scheint. Vielleicht kann ich ja demnächst dazu beitragen, Schüler auf kritisches Denken und Neugierde zu konditionieren. Ich lege das Zeugnis in die Schublade, nach ganz unten.

*von Benjamin Scheuermann*



**Foto des Monats von Robbie Gruijters: Die neuen Götter**

## Rolligerecht ins Ausland

Ein Auslandssemester gehört in vielen Studiengängen selbstverständlich zur Studienplanung. Eine andere Sprache zu leben und eine andere Kultur zu erfahren wird von öffentlicher Hand breit gefördert. Ein Erasmus Stipendium zum Beispiel ist nahezu jeder und jedem zugänglich und erleichtert durch interuniversitäre Abkommen Organisation und Finanzierung des Auslandsstudiums.

Für Helle bedeutete die Organisation ihres Auslandsaufenthalts in Barcelona um einiges mehr an Aufwand. Da sie auf Grund ihrer Behinderung auf eine 24h-Assistenz angewiesen ist, musste sie sich um ein Finanzierungsmodell bei dem DAAD und der Stadt Heidelberg kümmern. Zudem gibt es in Spanien kein System der Individualbetreuung wie es in Deutschland existiert. Auch rolligerechtes Studieren und Leben erwies sich vor allem in Bezug auf barrierefreies Wohnen und Fortbewegen als komplizierter. Dennoch hat sich der Aufwand gelohnt. Neben der Uni haben die Erfah-

rungen ihrer Partizipation in einer Contact Dance Gruppe und einem Chor ihren Aufenthalt besonders geprägt: „Grundsätzlich habe ich hier in Barcelona die Erfahrung gemacht, dass im Vergleich zu Deutschland die Menschen mir gegenüber viel offener und hilfsbereiter sind. Das gleiche gilt für die Uni. Die Professoren und Kommilitonen waren fast alle nett und aufgeschlossen – mir zu helfen oder mir ihre Mitschriften zu kopieren war sozusagen eine Selbstverständlichkeit,“ erzählt Helle.

Nach ihrer Einschätzung bewirkt die Hürde des Organisationsaufwands jedoch, dass sich wenige behinderte Studierende zu einem Auslandsaufenthalt entscheiden. Die Institutionalisierung des Auslandssemesters fehle hier noch vollkommen. Deshalb hat sich Helle um die Schaffung einer HiWi-Stelle bemüht, die diese Lücke durch Unterstützung bei Organisation und Finanzierung zu schließen verhilft. nbb

---

## Können Patente sozialverträglich genutzt werden?

### Das Modell *equitable licenses*

Die Vergabe von Patenten auf medizinische Forschungsergebnisse und daraus entwickelten Medikamenten versperren weltweit vielen Menschen den Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten. Laut Angaben der Weltgesundheitsorganisation sterben jährlich Millionen Menschen an Krankheiten, gegen die es bereits Impfungen oder wirksame Medikamente gibt, da sie sich diese schlichtweg nicht leisten können.

Wie aber kommt es zu solchen unbezahlbaren Preisen auf Pharmaprodukte? Entgegen der häufig von Pharmakonzernen propagierten Annahme, die Entwicklung neuer Impfstoffe und Arzneimittel würde hauptsächlich von den Konzernen getragen, die anschließend das Patent auf ein neues Produkt erhalten, wird medizinische Forschung auch heute noch zu ungefähr 50% aus öffentlichen Mitteln finanziert. Diese Forschungsergebnisse aus Universitäten und anderen öffentlichen Einrichtungen sind demzufolge mit einer gesellschaftlichen Verantwortung verbunden und sollten jedem Menschen zugänglich sein.

Mit der Verwertungsinitiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (2001) wurde an allen Universitäten Deutschlands die Gründung so genannter Patentverwertungsagenturen auf den Weg gebracht. Diese Agenturen sind dafür verantwortlich, dass das Nutzungsrecht für an der Universität entwickelte Forschungsergebnisse schnellstmöglich an private Konzerne vergeben wird und die Neuerungen so in patentierter Form Zugang zum Markt erhalten. Bei dieser Vergabe des Nutzungsrechts werden Lizenzverträge geschlossen, die einen Preis für das entsprechende Forschungsergebnis festlegen und dem Konzern die exklusive Nutzung desselbigen überlassen. Nach Abschluss eines solchen Vertrages hat die ursprüngliche Forschungsinstitution meist keinen Einfluss mehr darauf, was mit den Neuentwicklungen weiter geschieht.

So wurde beispielsweise am Berliner Max Planck Institut für Infektionsbiologie unter der Leitung von Stefan Kauf-

mann ein neuer wirksamer Impfstoff gegen Tuberkulose entwickelt. Das Patent auf die Forschungsergebnisse wurde an die Vaccine Project Management GmbH in Hannover verkauft, die nun eine Lizenz zur Weiterentwicklung der medizinischen Neuerung meistbietend an ein Pharmaunternehmen vergeben soll. Es wurde dabei also ein aus öffentlichen Mitteln finanziertes Forschungsergebnis privatisiert und kommerzialisiert und seine Preisgestaltung und Zugänglichkeit der öffentlichen Kontrolle und Einflussnahme gänzlich entzogen. Da vor allem Menschen in Entwicklungsländern von der Erkrankung betroffen sind, wäre ein niedriger Preis auf dem Weltmarkt anzustreben, welcher auf Grund der an Profit orientierten Arbeitsweise privater Pharmaunternehmen allerdings nicht zu erwarten ist.

Ebenso zeigte sich der an der Entwicklung eines Impfstoffes gegen Humane Papillomaviren (HPV) beteiligte Harald zu Hausen vom Deutschen Krebsforschungsinstitut in Heidelberg erschreckt über die Preisentwicklung dieser in Deutschland von Sanofi Pasteur MSD vertriebenen Impfung, die mittlerweile 477 Euro kostet. Dieser stolze Preis belastet die Krankenkassen und das Gesundheitssystem unverhältnismäßig. Die Lizenz für die entsprechenden Forschungsergebnisse wurde an den Pharmariesen Merck vergeben. Eine Einflussnahme seitens ForscherInnen im Sinne eines verantwortungsvollen Umgangs mit der medizinischen Neuerung im Interesse der Allgemeinheit ist nicht mehr möglich.

Trotz der generellen Fragwürdigkeit der Patentvergabe auf medizinische Forschungsergebnisse wurde in den vergangenen Jahren in Amerika ein Modell entwickelt, wie Patente durch gemeinnützige Lizenzen zumindest sozialverträglich genutzt werden könnten, um so möglichst vielen Menschen den Zugang zu bezahlbaren neuen Medikamenten zu ermöglichen. „Equitable Licenses“ ist ein

Lizenzmodell, bei dem im Lizenzvertrag zwischen Forschungseinrichtung und privatem Konzern beispielsweise die Möglichkeit der Einflussnahme der ForscherInnen (March-in-right) oder aber exklusive Lizenzen für Entwicklungsländer festgeschrieben werden. So kann die Forschungseinrichtung die Weiterentwicklung eines Forschungsergebnisses und die anschließende Preisgestaltung im öffentlichen Interesse mitbestimmen und der Zugang zu Medikamenten in Entwicklungsländern verbessert werden. Leider spielt dieses Modell bei der Lizenzvergabe innerhalb Deutschlands bisher überhaupt keine Rolle. Im Rahmen der Initiative „med4all“ soll die Lizenzvergabepraxis an deut-

schon Universitäten untersucht und das Modell „equitable licenses“ in Deutschland populär gemacht werden. Getragen vom Zentrum für europäische Rechtspolitik der Universität Bremen (ZERP), der Charité Berlin und der BU-KO-Pharma Initiative ist das Projekt auf die Mithilfe Studierender angewiesen, die sich über die Lizenzvergabe an ihrer Universität informieren und Lust haben, bei der Organisation von Informationsveranstaltungen und Tagungen zum Thema mitzuwirken. Genauere Infos erhaltet ihr unter: [www.med4all.org](http://www.med4all.org).

von Sarah Bruckmann

## Liest du noch oder urteilst du schon?

### Folge 4: Aktiv/Passiv-Konstruktionen – oder: Wo sind Autor und Akteure?

Die Sprache ist die Grundlage unserer medialen Kommunikation: sie vermittelt uns Informationen über Ereignisse in der Welt, auf die wir selbst keinen unmittelbaren Zugriff haben. Diese Mittler-Position von (Medien) Sprache ist aber zugleich ein Problem. Die erste Folge (UNiMUT 01/08) zeigte allgemein, dass Medien nicht einfach „objektiv“ berichten, sondern Sachverhalte sprachlich perspektivieren. Die zweite Folge (UNiMUT 02/08) exemplifizierte diese Perspektivierungsleistung anhand unseres Umgangs mit prototypischen Textsorten und Rubriken in Zeitungsmedien. Die dritte Folge (UNiMUT 03/08) befasste sich mit der sprachlichen Konstitution von Geltungsansprüchen in Medientexten. In dieser Folge geht es um die kommunikative Funktion des Passivs.

Das Stichwort „Genus verbi“ dürften die meisten LeserInnen im ersten Moment nicht unbedingt mit Medienkritik oder gar Erkenntniskritik assoziieren. Was können Aktiv und Passiv, was kann diese trockene Lehre vom grammatischen Geschlecht des Verbs schon zur Urteilsbildung beitragen!? – Eine ganze Menge. Folgende Beispiele:

- (a) *Die Jugendlichen schossen auf die Polizei mit Gummigeschossen. Die Jugendlichen verletzten einen Polizisten.*
- (b) *Die Polizisten wurden beschossen. Ein Polizist ist verletzt.*

2005 zündeten französische Jugendliche die Autos ihrer Nachbarn an und lieferten sich heftige Auseinandersetzungen mit der Polizei. Nehmen wir an, wir seien als Redakteur auf Seiten der Jugendlichen und verurteilten das brutale Vorgehen der französischen Polizei. Die Meldung, Jugendliche hätten auf Polizisten geschossen, befremdet uns. Es kommt die Frage: Wie können wir das Ereignis in einem Bericht beschreiben, ohne dabei die Jugendlichen zu sehr als ‚bloße‘ Gewalttäter zu konstituieren? – Sicherlich würden wir nicht einen Satz schreiben wie (a). Denn damit legten wir den Fokus der Sachverhaltsbeschreibung genau auf die *Handlung und die Handlungsträger*: Jugendliche Subjekte in Aktion, gegen ihre (Ziel-)Objekte agierend. Vielmehr böte sich eine Be-

schreibung im Passiv an, wie in (b). Damit könnten wir sowohl das konkrete Ereignis weitergeben (beschossene Polizisten), also auch die Jugendlichen nicht zu sehr als „Täter“ in den Vordergrund rücken. Im Gegenteil: Die Passiv-Konstruktion erlaubte uns sogar, die ursprünglichen Akteure komplett auszublenden und rein auf das Handlungs*resultat* zu fokussieren. Wir betonten damit, was das *Ergebnis* des Ereignisses war, nicht wer das Ereignis ‚herbeigeführt‘ hat.

Formaler gesagt: Mit Beschreibungen im Aktiv können wir mehr Details zum Sachverhalts*ablauf* und zu seinen Akteuren vermitteln; mit Passiv-Konstruktionen vermögen wir dagegen den Sachverhalt von seinen Akteuren zu *abstrahieren* oder auf ein Objekt zu fokussieren. Das Maximum an Abstraktion erreicht das Genus verbi im sog. Zustandspassiv (*ist verletzt*): jeglicher Prozesscharakter wird eliminiert.

Ähnlich verhält es sich mit quasi-passivischen Formen: Als die beiden Jugendlichen in Clichy sous Bois ums Leben kamen (Auslöser der sog. „Unruhen“ 2005), stellte sich die Frage, ob die Polizisten, die zum Zeitpunkt des Geschehens zugegen waren, eine Mitschuld träfe: Neues Deutschland und Süddeutsche Zeitung waren offensichtlich unterschiedlicher Meinung:

- (c) ND: [*Polizeibeamte*] wollten [...] *eine Gruppe von Jugendlichen [...] kontrollieren und gingen dabei so brutal vor, dass die späteren Unfallopfer panikartig flüchteten*
- (d) SZ: [Es sei unklar] *warum die drei Jugendlichen Hals über Kopf davongestürmt sind [...], als eine Polizeistreife auftauchte*

Die Süddeutsche Zeitung postuliert hier, dass die Polizei als Grund für eine Flucht und damit für den Tod der beiden Jugendlichen nicht in Frage käme. Der Handlungsakzent liegt eindeutig auf den *davonstürmenden Jugendlichen*, während die Polizei – gleich einem arglosen Fisch aus seinem Wasser – *auftauchte*.

Abstraktionspotential als quasi-passivische Formen (das heißt, stärker Objekt bzw. resultativ akzentuierende Formen) haben schließlich auch reflexivische Konstruktionen

(die Gewalt lässt sich verhindern), Univerbierungen (*Die Verhinderung von Gewalt*) oder *man*-Konstruktionen (*man sollte die Gewalt verhindern*). Mit diesen Passivierungsformen lassen sich zugleich auch Autorintentionen verdecken –, die Sachverhaltsbeschreibung *erscheint* aus dem Nichts, quasi ohne Autorperspektive. – Eine Funktion, die nicht nur in Medientexten (z.B. Berichten) gerne Anwendung findet, sondern sich besonders auch in wissenschaftlichen Texten unter dem Vorwand einer wissenschaftlichen „Objektivität“ hartnäckig behaupten kann: Ich-Formen gehören sich nicht. Ein guter Wissenschaftler vermag die Subjektivität seiner „Erkenntnis“ im Text fleißig zu verstecken.

fv

## Krise in der Wirtschaftsforschung

Wegen der zusehends schlechter werdenden Vorhersagen zur Wirtschaftsentwicklung plädiert der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Klaus Zimmermann, für einen vorübergehenden Prognosestopp. „In den meisten Modellen, die wir für unsere Vorhersagen nutzen, kommen keine Finanzkrisen vor. Und wenn sie vorkommen, dann ist diese Krise so spezifisch, dass wir sie nicht erfassen können. Wir können sagen, da passiert was Schlimmes, aber wie schlimm es wird, können wir nicht sagen.“

nbb

### Zitat des Monats

“We don't do torture. We never have.”

Dick Cheney

## Lobby Planet Berlin

Etwa 5.000 Lobbyisten tummeln sich in Berlin. Sie nehmen Einfluss auf Entscheidungen, die jeden und jede betreffen. Ob es um die Finanzmärkte geht, um Klimaschutz, Arzneimittel oder die Lebensmittel, die wir essen – überall hinterlassen Lobbyisten ihre Spuren.

Der etwas andere Stadtführer Lobby Planet Berlin führt anhand von 55 Stationen durch den Berliner Lobbydschungel. Lobbyorganisationen, Kampagnen und Netzwerke werden vorgestellt, ihre Methoden und Tricks erläutert.

Laut einer Studie von “Lobby Control” arbeiten 15 von 63 Ministern und Staatssekretären aus der früheren rot-grünen Koalition heute in Positionen mit “starkem Lobbybezug.”

Neben der personellen Verflechtung sind die subtilen Methoden der Lobbyisten kennzeichnend, analysiert die Bundesverfassungsrichterin Dr. Christine Hohmann-Dennhardt: Sich die Gunst von Politikern und Journalisten zu kaufen, gehört genauso dazu, wie Fachleute, Berater, Expertenrunden oder ganze Kommissionen zu stellen, die den Abgeordneten bei der Bewertung der Themen helfen. “Dabei nimmt man stillschweigend in Kauf, dass der eingekaufte Sachverstand von Eigeninteressen geleitet ist, oder man setzt das staatliche Interesse mit den privaten Interessen, die hinter dem eingeholten externen Rat stehen, einfach gleich”, kritisiert die Bundesverfassungsrichterin. So werde immer undurchsichtiger, “wer eigentlich Urheber für welche Vorlagen oder Gesetzesentwürfe ist”.

nbb

## Der aktuelle Diskurs zur Finanzkrise verhindert ihre Lösung

Seit Monaten ist das Thema Finanzkrise in den Medien allgegenwärtig. Die öffentliche Diskussion wird zur Arena einer Schlammschlacht der verfeindeten Lager. Polarisierende Debatten um die Frage der Schuld an der Krise stellen neoklassische Wirtschaftstheorie, gierige Manager, Investmentbanker und Hedgefonds dem Keynesianismus, den machtlosen Politikern oder dem kleinen Sparer gegenüber. Sogar der gute alte Karl Marx findet wieder Eingang in die Feuilletons der großen Zeitungen. Doch greifen die Akteure der Debatte fast ausschließlich auf alte Denkmuster und Schablonen zurück. Die Suche nach den Ursachen der Krise ist geprägt von gegenseitigen Schuldzuweisungen. Den Marktliberalen wird das Scheitern der neoklassischen Theorie, die Perversität des freien Marktes vor Augen geführt. Im Gegenzug wird dem Staat mangelnde Regulierung und gescheiterte Wirtschaftspolitik vorgeworfen.

In einem Metadiskurs wird vor der gänzlichen Verdammung des kapitalistischen Systems gewarnt, dessen Erregenschaften gepriesen und allzu drastischen Folgerungen aus den Erkenntnissen der Krise durch den Populismusvorwurf im Vorhinein versucht ein Riegel vorzuschieben.

Die Bundesregierung überzeugt durch ihre schnelle Reaktion, quasi über Nacht war ein Rettungspaket ge-

schnürt. Zeit für Diskussion über Alternativen blieb nicht, zu komplex erschien die Thematik den Wählern. Die Vereinnahmung zentraler Begriffe der Kapitalismuskritiker lässt die Politik als Opfer des „Raubtierkapitalismus“, der „Heuschrecken“ und „gierigen Manger“ erscheinen.

Geht es dann doch etwas inhaltlicher zu, werden die Auswirkungen der Krise diskutiert und Konjunkturpakete geschnürt. So wenig man auch von der Krise mitbekommen haben mag, dass sie zur Rezession, möglicherweise zum Abbau zahlreicher Arbeitsplätze führt, hat mittlerweile jeder kapiert.

Mit dem G20 Gipfel haben die Staats- und Regierungschefs Handlungsfähigkeit bewiesen. Die Diskussion dreht sich um die erstmalige Schaffung eines bedeutenden und handlungsfähigen Gremiums der internationalen Politik, dass die bisherige westlich dominierte G8-Elite um zahlreiche nicht-westliche Schwellenländer erweitert. Die genauen Ergebnisse des Gipfels werden kaum diskutiert, wichtig ist, die Sache scheint in die Hand genommen zu werden. Im Ergebnis überwiegen Absichtserklärungen und das konsequente Bekenntnis zu den Markt- und Freihandelsprinzipien der WTO. Konkrete Maßnahmen zur Kontrolle der Finanzmärkte sind nicht zu finden.

All diese Nebenschauplätze scheinen die Diskussion über die Krise der Finanzmärkte zu dominieren. Die für die Krise



verantwortlichen Mechanismen sind genauso wenig Diskussionsbestandteil, wie die Regulierungen, die diese beschränken könnten, geschweige denn die die Krise erst ermöglichenden Deregulierungen. Ohne eine wirkliche Aufarbeitung der, durch die Krise zum Vorschein tretenden Sachverhalte, lässt sich ein ungestörtes Weiterberei-

chern der Profiteure der Spekulationen auf den Finanzmärkten nicht verhindern und eine erneute Krise steht uns über kurz oder lang bevor. Anstatt Lösungsperspektiven zu diskutieren trägt der öffentliche Diskurs, geführt wie bisher, zum Erhalt der Status quo bei!

nbb

---

## Marktversagen oder Staatsversagen?

### Interessenkonflikte und Ursachen wirtschaftspolitischer „Fehlentscheidungen“

„Wir haben es also mit einem Versagen der Regulierung zu tun. Regulierungsversagen ist aber Staatsversagen, nicht Marktversagen“, urteilte der Vizepräsident des Deutschen Bundestages Solms (FDP) über die Entwicklungen der Finanzmärkte. Von anderer Seite wird das Funktionieren des freien Marktes bezweifelt und die in den Wirtschaftswissenschaften gängige Theorie in Frage gestellt. Herr Solms spricht jedoch mit seinem Statement indirekt dem freien Markt die „unsichtbare Hand“ ab, wenn er Regulierungen des Staates als notwendig voraussetzt.

Dieses Beispiel zeigt, dass es eben nicht um eine Aufarbeitung des Geschehenen geht. Eine solche Debatte verhindert eine Aufarbeitung, die untersucht, welche Bereiche des freien Marktes staatlicher Regulierung bedürfen, wie diese Regulierungen ausgestaltet sein müssen und auf der anderen Seite welche Regulierungen und vor allem Deregulierungen zum Aufkommen der Krise beitrugen. Diese Debatte der Polarisierung zwischen freier Wirtschaft und regulierender Politik lenkt ab von einem entscheidenden Faktor, der die Involvierung deutscher Banken in die Finanzkrise maßgeblich beeinflusst hat und auch weiterhin den Umgang der deutschen Politik mit der Krise strukturiert:

#### **Die Einflüsse von Interessen auf die Finanzmarktpolitik**

1988 wurde ein internationales Abkommen, genannt Basel I, zur Regulierung der Finanzmärkte geschlossen. So verpflichtet es Kreditvergebende, Eigenkapital in Höhe von mindestens acht Prozent ihres verliehenen Geldes vorzuhalten.

Nach der schrittweisen Aufweichung der Regulierungen aus Basel I in den Vereinigten Staaten, hat die Rot-Grüne Bundesregierung 2005 im Zuge der Agenda 2010 die Finanzwirtschaft weitgehend dereguliert.

2004 wurde die Lobbyorganisation True Sale International GmbH (TSI) gegründet. Ihr Ziel war und ist es, Verbriefungsgeschäfte in Deutschland zu fördern und zu etablieren. Verbriefung nennt man einfach ausgedrückt das Weiterverkaufen von Krediten seitens der Banken an eigens hierfür gegründete Zweckgesellschaften. Diese geben nun ihrerseits wieder Wertpapiere heraus, die durch die Kreditforderungen, die vorher von den Banken aufgekauft wurden, gedeckt sind. Die in Basel I festgeschriebenen Finanzmarktregulierungen werden umgangen, denn die von den Banken vergebenen und dann weiterverkauften Kredite tauchen in den Bilanzen nicht mehr auf. Verbriefung bietet die Grundlage für Spekulationsgeschäfte mit Krediten und Kreditversicherungen und ermöglicht eine schrankenlose Kreditvergabe. Dies trug maßgeblich zur aktuellen Finanzkrise bei.

True Sale International leistete gute Arbeit, die eben beschriebenen Zweckgesellschaften werden, seit den Gesetzesänderungen im Zuge der Agenda 2010 durch Steuervergünstigungen aktiv gefördert.

In einen Artikel aus dem Handelsblatt vom 24.2.2003 wird von einem Treffen Schröders, Eichels und Clements mit Spitzenvertretern der Banken- und Versicherungsbranche berichtet. Bei diesem Treffen war der Vorschlag gemacht worden, für notleidende Kredite deutscher Institute eine Auffanggesellschaft zu gründen,

die „faule“ Kredite aus Steuergeldern kaufen sollte. Hier wurde also schon vor Jahren angedacht, was nun im Zuge der Finanzkrise Wirklichkeit wurde.

Bei der Betrachtung der Einflussnahme wirtschaftlicher Interessen auf die Politik ist weiter interessant, dass Jörg Asmussen (SPD) als Leiter der Finanzmarktpolitik der Bundesregierung, Verwaltungsratsmitglied der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, gleichzeitig Mitglied im Gesellschafterbeirat der TSI (sowie Aufsichtsratsmitglied bei

Beuys sagt:  
„Demokratie muss  
gesungen werden“,  
ich meine  
weiterhin sollte man  
während des Gesanges  
in der linken Hand  
ein Kätzchen  
und in der rechten  
eine andere Hand halten,  
währenddessen  
mit den Füßen  
Muster springen  
und die Gedanken  
an Schnürsenkeln,  
immer knapp über der Erde,  
baumeln lassen

*von Torsten Kaiser*

der Postbank, der IKB, der Euler Hermes Kreditversicherung, u.a.) war.

Eine Analyse der ökonomischen Mechanismen, die die aktuelle Finanzmarktkrise möglich machten, zeigen, dass es dringend nötig ist, die Finanzmärkte zu regulieren. Dies ist auch im nationalstaatlichen Rahmen möglich. Spanien zum Beispiel hat den dort ansässigen Banken verboten, Zweckgesellschaften auszulagern. Finanzunternehmen müssen bei wirksamen Regulierungsmaßnahmen jedoch mit Handlungseinschränkungen rechnen, die ihre bisherigen Gewinnmargen bei Spekulationen einschränken.

Die Kommission zur Reform der Finanzmarktregelungen soll regulierende Gesetze erarbeiten, die eine weitere Krise, wie die aktuelle, nicht mehr möglich werden lassen. Der Vorsitzende dieser neu gegründeten Kommission, Otmar Issing, ist Berater von Goldman Sachs, eine der bedeutendsten US-Investmentbanken. Issing behält diese Funktion auch nach Übernahme des Vorsitzes. Um einen Wandel in der im Sinne einer wirklich demokratisch kontrollierten Finanzwirtschaftspolitik herbeizuführen, ist die Diskussion um Interessenkonflikte und Ursachen wirtschaftspolitischer „Fehlentscheidungen“ unausweichlich.

nbb

---

## Die Weltwirtschaftskrise als Chance im Kampf gegen den Hunger?

923 Millionen Menschen mussten im vergangenen Jahr hungern. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine Steigerung von 75 Millionen. Als wesentliche Ursachen gelten die von 2006 an drastisch gestiegenen Preise für Lebensmittel. So hatte sich der Preis für Getreide innerhalb von 2 Jahren nahezu verdreifacht. Die Aufstände in Haiti oder Nigeria im letzten Frühjahr gelten als Beispiele für verzweifelte Reaktionen auf unbezahlbare Lebensmittel.

Die Investoren der Nahrungsmittelindustrie ziehen der tatsächlichen Erhöhung des Preisniveaus eine selbst angelegte Preissteigerung vor, dadurch steigt die Zahl von Hungernden. Während sich die Händler von Nahrungsmitteln *options* oder *futures* über Gewinne freuten, wurde Essen für viele Menschen, vor allem in Entwicklungsländern, unerschwinglich. Dabei bildeten Nahrungsmittelspekulationen nur einen unwesentlichen Teil des Investitionspakets der Aktienhändler und galten als netter Nebenverdienst, doch ihre Auswirkungen waren verheerend. Der Zusammenbruch des Investment-Markts führte nun wieder zu einem starken Preisabfall, der vielen Bauern die Existenzgrundlage entzieht. Auch die Vorzeigedeppehen der eingestürzten Weltwirtschaft *Goldman Sachs* und *Lehman Brothers* hatten mit Nahrungsmitteln virtuell gehandelt.

Eine solche Preisvolatilität ist schädlich für Verbraucher und Erzeuger von Nahrung. Denn sind die Preise gerade hoch, werden Nahrungsmittel für sozioökonomisch schlechter gestellte Menschen unbezahlbar. Sind sie niedrig, bedroht dies die Existenz vieler Bauern. Nur bei stabilen und damit vorhersagbaren Preisen sind Investitionen für den Aufbau agrikultureller Produktion in Entwicklungsländern wahrscheinlich. Stabilität bedeutet eine sichere Existenz für Bauern. Stabilität bedeutet bezahlbare Nahrungsmittel in Entwicklungsländern, die auch langfristig bezahlbar bleiben. Doch Stabilität ist nicht möglich ohne Regulationen des Marktes. Hier sind vor allem die USA gefragt, doch multilaterale Kontrolle der Spekulationen ist ebenso essenziell.

Mehr Marktregulation zu fordern ist zeitgemäß, ein Wiedererstarken des Staats wird propagiert. In Krisenzeiten wird diesem mehr Raum gegeben einzugreifen, denn so manch ein Lobbyist des freien Marktes ist still geworden. Dies könnte eine einmalige Chance im Kampf gegen den Hunger darstellen.

Lobbyisten der Finanzindustrie versuchen sich laut IATP (Institute for Agriculture and Trade Policy) daran, überzeugend zu proklamieren, dass nicht finanzielle Derivative, sondern vielmehr die Marktkräfte von Angebot und Nachfrage dem rasanten Preisanstieg in den Jahren 2006 bis 2008 sowie auch dem aktuellen Preisabfall zugrunde lägen. Sie warnen vor „Überregulation des Marktes“, würde diese doch den Kapitalfluss einschränken. Doch nichts könnte weiter entfernt sein als eine „Überregulierung“. Transparenz beim Handel mit Nahrungsmitteln befindet sich noch immer auf einem Minimalwert. Nach IATP versuchen VertreterInnen der Finanzindustrie VerhandlungspartnerInnen der *World Trade Organization* sogar dazu zu bewegen, die Möglichkeiten der Regierungen, Finanzmärkte für Waren wie Nahrung zu regulieren, noch weiter einzudämmen. Überraschend erscheint in diesem Kontext auch nicht die Aussage von World Bank Präsident Robert Zoellick, jede normative Rolle von Institutionen der UN bei der Bewältigung der aktuellen Finanzkrise abzulehnen.

Spezifische Regulationen des Nahrungsmittel-Marktes werden in der Diskussion über staatliche Eingriffe nur marginal diskutiert. Dabei könnten sie Leben retten. Die UNCTAD (UN Conference on Trade and Development) benannte im November 2008 eine „globale Antwort zu globalen Spekulationen in Nahrungsmittelpreisen“ als „dringende Aufgabe“. Aber wer soll sich verantwortlich fühlen, diese globale Antwort zu koordinieren? Obama wird's schon richten? Und wie sollte eine solche globale Antwort in einer Welt aussehen, in der durch elektronisches Handeln „24 h täglich“ Transparenz zur Utopie wird? Von einer unabhängigen globalen Agentur zur Kontrolle vom Handel mit *options* und *futures* für Nahrungsmittel ist die Rede. Agrikulturelle Wertpapiere sollten zudem nicht mehr in Fonds mit nicht-agrikulturellen Erzeugnissen zusammen handelbar sein, so die Empfehlung der Agribusiness Accountability Initiative. An solchen und anderen Anregungen fehlt es nicht, an Umsetzungsinitiativen dagegen durchaus. Regulationen werden diskutiert, die den Steuerzahler davor schützen sollen, erneut für Fehlspekulationen von Investoren gerade stehen zu müssen. Doch wird nicht auch die vollkommen unethische Spekulation mit Nahrungsmitteln in den öffentlichen Diskurs einbezogen, wird die jetzige Preisvolatilität kein Ende finden und eine Chance verpasst, den Hunger dauerhaft zu bekämpfen.

amh

## **Berlin friert, Knut geht's gut**

### **Kontroverse Diskussion bei Anne Will eingefroren.**

„Berlin friert – Knut geht's gut!“ Der Kälteeinbruch und der Skiunfall des CDU-Spitzenkandidaten Althaus bieten eine willkommene Abwechslung in der Titelauswahl deutscher Medien. Wer will schon Hintergründe zur Eskalation im Nahostkonflikt hören oder wie die Revolte in Griechenland weitergeht nachdem die Berichterstattung über fliegende Molotowcocktails und ballistische Gutachten langsam auströpfelte? Da bietet auch die Empörung über den chemischen Zusatz in der legalen „Modedroge Spice“ eine konsensorientierte Nachricht, bei der die Leserschaft ohne nachdenken zu müssen sagen kann: Ist das schlimm! Über Raketenterror und Luftangriffe berichten – auch noch in Ordnung. Alles schlimm. Da sind sich alle einig. Aber warum werden die Menschen im Nahen Osten nun seit mehr als einem halben Jahrhundert von diesen Übeln heimgesucht? Wenn es darum geht, solche Hintergründe konkret zu diskutieren, scheuen einige die Kontroverse. Vielleicht, weil man Angst hat, in den Sog der Polarisierung – „pro Israel“ oder „pro Palästina“ – hineingezogen zu werden. Vielleicht aber auch, weil dieses hochkomplexe Thema nicht allein zu erklären ist, indem man gegenseitig die Toten aufrechnet. Eine Chance dahinter zu kommen, welche Interessen eine Lösung im Nahostkonflikt vielleicht gar nicht wollen, wäre eventuell die Diskussionsrunde vergangenen Sonntag bei Anne Will gewesen. Zum Gespräch über die aktuelle Situation waren unter anderem Joschka Fischer, der israelische Diplomat und Publizist Avi Primor, der im Frie-

densprozess engagierte Pianist Daniel Barenboim und die palästinensische Professorin Sumaya Farhat-Naser geladen. Man könnte nun ausführen, wie gesteuert diese Sendung ohnehin bereits ist, wie die Moderation etwa professionell dafür sorgt, dass Gesprächsteilnehmern bei heiklen Ausführungen schnell das Wort entzogen wird. Dieses Mal hat es sich die ARD allerdings besonders einfach gemacht, allzu tiefgehenden Analysen gleich im Vorhinein die Plattform zu entziehen. Die ganze Sendung wurde kurzerhand und klammheimlich komplett abgesagt. Nun ging es um „Tabu Freitag“ – Sterbehilfe und der Suizid des gescheiterten Unternehmers Merckle. Im Internet-Blog zu Anne Will auf der ARD-Website, wo üblicherweise bereits vor der Sendung eifrig diskutiert wird, steht bei zahlreichen Beiträgen lediglich zu lesen: „Wegen Abweichung vom Thema nachträglich gelöscht.“ Bestand die „Abweichung“ vielleicht darin, sich über den Wechsel zu diesem verglichen mit dem Ursprungstitel wenig aktuellen und angesichts der Hintergründe fast lächerlich wirkenden Themas zu empören?

Wer trägt die Verantwortung für diese klammheimliche Pressezensur in der bundesdeutschen Demokratie? Hat sich die Bundesregierung eingeschaltet, vielleicht auch auf Druck Israels, hinter dessen Politik die Kanzlerin uneingeschränkt steht? Vielleicht ist es aber auch nur eine Art der Selbstzensur, die jedenfalls eines fördert: Oberflächliche Meinungsbildung über einen Konflikt, der unter anderem gerade aufgrund dieser so lange und blutig währt.

yz

---

## **Athen – ein Volk begehrt auf**

Seit Dezember prägen Demonstrationen, Protest und Unruhen das Bild Griechenlands in den Medien. Auslöser war der Tod des 15-jährigen Alexis Grigoropoulos, der am 06.12.2008 im Athener Stadtviertel Exarchia von einem Polizisten erschossen wurde. Offenbar war er mit einer Gruppe von ca. 30 Jugendlichen unterwegs, als ein mit zwei Polizisten besetztes Polizeiauto an ihnen vorbei fuhr. Es kam zu Wortgefechten, angeblich flogen Flaschen, vielleicht sogar Steine. Nachdem die Polizei ihr Fahrzeug einige Straßen entfernt abgestellt hatte, kamen die beiden Polizisten an die Stelle der Auseinandersetzung zurück ohne sich vorher mit der Zentrale in Verbindung gesetzt oder Verstärkung angefordert zu haben. Die Situation zwischen Polizisten und Jugendlichen spitzte sich zu bis einer der Polizisten seine Dienstwaffe zog und schoss. Während er nach eigenen Angaben aus Angst um sein Leben zweimal in die Luft und einmal auf den Boden geschossen hatte, berichten zahlreiche Augenzeugen von zwei Luftschüssen und einem gezielten Schuss in die Gruppe der Jugendlichen, von dem Alexis Grigoropoulos tödlich getroffen wurde. Er war sofort tot, die Kugel traf ihn direkt ins Herz. Die gerichtsmedizinische Untersuchung ergab, dass der Jugendliche von einem Querschläger getroffen wurde, was allerdings den Aussagen der Augenzeugen widerspricht.

Noch in der gleichen Nacht beginnen ausgehend von der Hauptstadt im ganzen Land Unruhen und bereits am nächsten Tag finden die ersten organisierten Großdemonstrationen und Kundgebungen statt. Über Tage hinweg verliert die Polizei die Kontrolle über die Stadtzentren. Tausende demonstrieren auf den Straßen, politische Gebäude werden angegriffen, Banken werden zerstört und Läden geplündert, es fliegen Steine, Molotowcocktails, Autos brennen. Ein wütendes „Warum?“ schreit die Masse Staat und Polizei entgegen. Warum musste ein unschuldiger 15-Jähriger sterben? Warum richtet ihr die Waffe gegen eure BürgerInnen? PolitikerInnen reagieren hilflos, äußern ihr Bedauern und bekunden ihr Beileid gegenüber der Familie des Betroffenen.

Die Schulen wurden als Ausdruck tiefen Bedauerns seitens des Ministeriums für drei Tage geschlossen, die juristische und wirtschaftliche Fakultät der Universität Athen wie auch das geschichtsträchtige Polytechnion wurden besetzt und zur Organisationsstätte der landesweiten Proteste genutzt. Alexis Grigoropoulos ist nicht der erste, der einem solchen Übergriff der Polizei zum Opfer fällt. Seit 1980 sind allein während der Gedenkdemonstrationen für die gewaltsame Räumung des von zum Widerstand aufrufenden Gruppen besetzten Polytechnions durch die Militärjunta im November 1973 drei Demonstranten erschossen worden. Vor nur wenigen Monaten wurde ein bisher nicht identifizierter

Migrant von der griechischen Polizei getötet. Eine angemessene Strafe folgte der Tat der PolizistInnen zumeist nicht. So wurde beispielsweise der Polizist, der den Demonstrant Michalis Kaltezas beim Weglaufen von hinten in den Kopf schoss, in der anschließenden Gerichtsverhandlung freigesprochen.

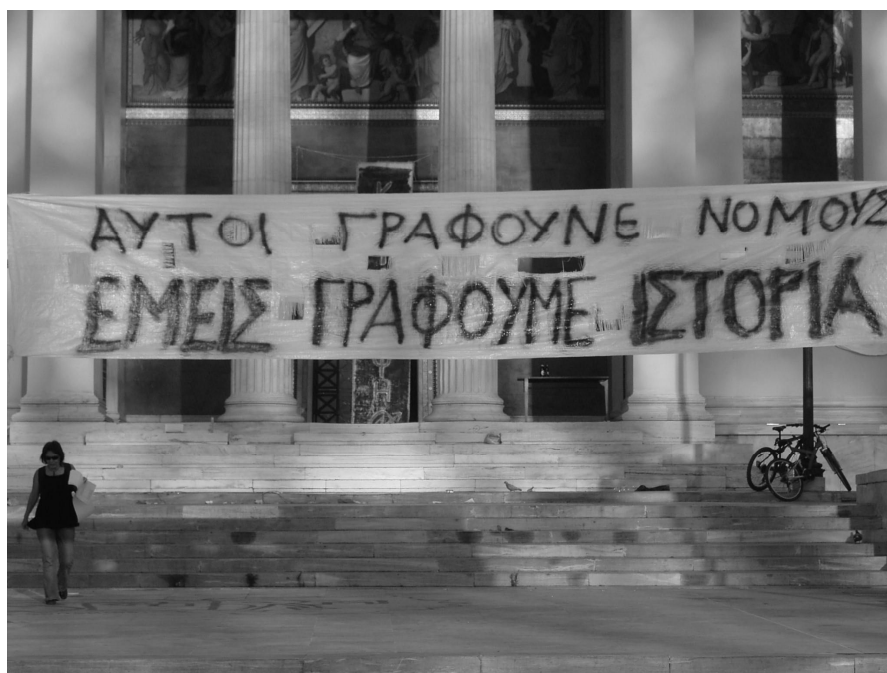
Vor diesem Hintergrund also beginnen die Proteste und Unruhen der vergangenen Wochen. Die BürgerInnen fordern die Klärung des Vorfalles, sie fordern Gerechtigkeit, eine bessere Ausbildung der Polizei und weniger staatliche Repression und polizeiliche Gewalt. Die Wut der Bevölkerung scheint nicht abzunehmen, die Proteste setzen sich über Tage, ja Wochen fort und es wird allmählich deutlich, dass es nicht mehr einzig um den Tod des Schülers Alexis Grigoropoulos und die sich offenbarende Polizeigewalt geht. Auch sind die Proteste nicht auf einzelne politische Gruppierungen zu reduzieren, wie es die hiesigen Medien oftmals zu vermitteln suchen.

„Αρκεί σπέρτα να πάρει φωτιά“ (Ein Streichholz reicht, um ein Feuer zu entfachen), wie der Grieche sagt. Man könnte auch sagen, der Tod des Schülers war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen gebracht hat, ein Anlass also für die Bevölkerung und vor allem für die jüngere Generation, ihrem Unmut über die gesellschaftspolitische Situation und Entwicklung ihres Landes Luft zu machen. Zu diesem Zweck gingen in Griechenland in den vergangenen Wochen sämtliche Bevölkerungsgruppen und die unterschiedlichsten politischen Strömungen gemeinsam auf die Straße. SchülerInnen, StudentInnen, ProfessorInnen demonstrierten mit Familien und MigrantInnen, Anarchisten und Autonome mit Kommunisten und Konservativen. Steine werfende Studentierende, verummte SchülerInnen, Läden plündernde DemonstrantInnen, die Unruhen in den Straßen sind nicht auf einzelne gewaltbereite Gruppen zu reduzieren.

Vereint wurden all diese Gruppen durch ein wütendes „Nein“, ein Aufbegehren gegen vorherrschende politische und gesellschaftliche Strukturen. Und, obwohl sie sich spätestens bei der Diskussion um Alternativen zum Bestehenden wieder trennen werden, setzen sie mit ihren gemeinsamen Aktionen ein Zeichen und verdeutlichen die breite Basis, auf welcher der Protest steht.

MigrantInnen, durch Unmut über ihre unwürdigen Lebensbedingungen auf die Straße getrieben, demonstrieren neben Studierenden, die seit Jahren für den Erhalt eines für jeden zugänglichen und besser finanzierten Bildungssystems sowie gegen die Kommerzialisierung und Privatisierung der Hochschulen kämpfen. Schüler und Schülerinnen und HochschulabsolventInnen verleihen auf den

Demonstrationen ihrer Hoffnungslosigkeit und fehlenden Orientierung in einem Land Ausdruck, in dem die Schulausbildung so schlecht ist, dass beinahe jeder Schüler und jede Schülerin die Nachmittage in privat finanzierten Nachhilfeeinrichtungen (frontistirio) verbringt und in dem sie selbst nach abgeschlossenem Hochschulstudium lange Wartezeiten auf einen Job und Gehälter von nur 700 Euro im Monat erwarten. Kein Wunder also, dass immer mehr junge Menschen mit entsprechenden finanziellen Möglichkeiten ein Studium an den meist besseren Universitäten im Ausland aufnehmen. ProfessorInnen begehren auf gegen die von der Regierung angestrebte Einführung bisher verbotener privater Universitäten, die im Wettbewerb mit den unterfinanzierten öffentlichen Bildungseinrichtungen das staatliche Bildungssystem in die Knie zwingen würde. Autonome und Studierende rufen auf zu Erhaltung des „Panepistimiako Asyllo“, welches der Polizei seit den Ereignissen im Polytechnion im November 1973 den Zugang zu Universitätsgebäuden nur im Falle der Erlaubnis durch eine Kommission aus Rektor, ProfessorInnen und Studierenden gestattet. Familienväter tragen Plakate gegen die immensen Erhöhungen der Lebensunterhaltskosten und Lebensmittel-



„Ihr schreibt Gesetze, wir schreiben Geschichte“  
Transparent vor dem Hauptgebäude der Athener Uni

preise bei sinkenden Löhnen, die es unmöglich machen, eine Familie mit nur einem Job überhaupt zu ernähren, während Anarchisten Parolen ausrufen gegen die staatliche und polizeiliche Repression und den Überwachungsstaat, der seit den olympischen Spielen mit dem Vorwand der Sicherheit in Griechenland etabliert wurde.

Alle gemeinsam setzen sie ein Zeichen gegen eine Regierung, die die Rufe seines Volkes seit ihrem Antritt systematisch überhört. BürgerInnen fühlen sich verraten von einer Regierung, die mit dem Satz „Null Toleranz gegenüber Korruption“ antrat und während deren Amtszeit sich die Korruption nicht vermindert, sondern sogar erhöht hat. Neben einem aufgedeckten Ring bestechlicher RichterInnen sowie RechtsanwältInnen, einer korrupten Kirche und Schmiergeldern an die staatliche Behörde für Marktkontrol-

le jagte in der griechischen Presse ein Skandal den nächsten. Der Korruption auf der politischen und wirtschaftlichen Bühne steht die Bestechung im griechischen Alltag in nichts nach. Wer in Griechenland etwas erreichen möchte, kommt um das so genannte „fakelaki“ (Briefchen) kaum herum. Das „fakelaki“ ist ein Briefchen, das der Arzt erhält, damit er eine Operation schnellstmöglich vornimmt, oder welches die Behörden zur schnellen Bearbeitung eines Antrags entgegen nehmen. Rechtlich sind „fakelakia“ verboten, kontrolliert wird diese Praxis aber kaum, bei der Bürgerinnen und Bürger gezwungen sind, für Leistungen, die ihnen eigentlich ohnehin zustehen, unter der Hand viel Geld zu bezahlen.

Auch die griechische Vetternwirtschaft führt mehr und mehr zu Unzufriedenheit in der Bevölkerung. So wird

beispielsweise die politische Landschaft Griechenlands seit Jahrzehnten von zwei Familien dominiert, während eine gute Arbeitsstelle mehr von den persönlichen oder geschäftlichen Kontakten und Beziehungen zu Entscheidungsträgern abhängt als von den Referenzen der betroffenen Person. Die griechische Bevölkerung steht diesem Staatsapparat aus Korruption und Willkür mehrheitlich hilflos gegenüber und hat das Vertrauen in die Regierung längst verloren. Sei den Ausschreitungen und Unruhen im Anschluss an den Tod des 15-Jährigen wird die Forderung nach Neuwahlen laut. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Regierung weiter verhält und ob sie in der Lage ist, angemessene Konsequenzen aus den landesweiten Protesten zu ziehen.

*von Sarah Bruckmann*

---

## Kubanische Stimmen: die Revolution im Interview

Im angelsächsischen Raum längst als eigene Methode der Geschichtswissenschaft etabliert, führt Oral History, also das Führen von Interviews mit ZeitzeugInnen zum Zweck des historischen Erkenntnisgewinns, bei uns noch immer eher ein Nischendasein, dem zudem der Ruch der Unwissenschaftlichkeit anhaftet. Der Verdacht ist unbegründet, zeigen doch mehr oder weniger ernst zu nehmende Quellen von der konstantinischen Schenkung bis zur „Emscher Depesche“, dass Schriftlichkeit und Glaubwürdigkeit nicht gleichbedeutend sind. Vielmehr bietet das direkte Gespräch mit ZeitzeugInnen, die systematische Vorgehensweise nach bewährten Prinzipien – wissenschaftstechnischen wie ethnischen – der Interviewführung, die einzigartige Möglichkeit, die offizielle Sichtweise historischer Ereignisse um die Sicht ihrer Teilnehmer auf einfacherer Ebene zu ergänzen. Umso mehr muss es wundern, dass dieser Versuch auf Kuba bisher kaum unternommen wurde; umso mehr zu bedauern ist es, dass ein von einem US-amerikanischen ForscherInnenteam in den 1970er Jahren unternommener Versuch eines Oral History Projekts auf Kuba von kubanischer Seite gestoppt wurde – und vor allem ist es umso mehr zu begrüßen, dass nun in britisch-kubanischer Zusammenarbeit doch noch ein Oral History Archiv zur kubanischen Revolution entstanden ist.

Voces Cubanas (Kubanische Stimmen) ist der Versuch, durch intensive Interviews mit über 100 ZeugInnen der Ereignisse der kubanischen Geschichte seit 1959, in Gesprächen mit bis zu 30 Stunden Länge, ein Stimmungsbild einzufangen, wie die KubanerInnen ihre Geschichte, ihre Revolution, und nicht zuletzt ihren Alltag sehen. Eines der Ergebnisse ist, je nach Sichtweise, überraschend unspektakulär: „Die meisten US-Amerikaner halten Kuba für eine Gulag“, sagte die Projektleiterin Elizabeth Dore bei der Vorstellung ihres Projekts im US-basierten Latin American Institute. „Das System funktioniert jedoch wohl eher durch Zustimmung als durch Zwang“, fügte sie hinzu. „Die Kubaner wünschen sich keinen Kapitalismus und Privateigentum, sondern wenn überhaupt einen sicheren Arbeitsplatz.“ Abgesehen von der Tatsache, dass sich über das Fehlen an Letzterem kaum ein KubanerIn zu beklagen braucht, ist dieses Ergebnis zu

nächst mit US-amerikanischen Vorstellungen zu Kuba so wenig in Einklang zu bringen wie der Heroismus, den Fidel Castro seinen Landsleuten gelegentlich in ihrer Bereitschaft, den Sozialismus zu verteidigen, nachsagt.

Auf wesentlich kleinerer Ebene, ohne ForscherInnenteam und ohne Zusammenarbeit mit kubanischen Behörden, hatte ich zeitgleich (und ohne von Voces Cubanas zu wissen) Gelegenheit, auf Kuba ebenfalls Oral History Interviews zur kubanischen Revolution zu führen. Im Großen und Ganzen sind meine Ergebnisse mit denen aus Voces Cubanas kompatibel: die meisten Kubaner sähen in einer Wiederkehr des Kapitalismus keinen Vorteil. Sie sind sich der für die Region einzigartigen medizinischen Versorgung, verschwindend geringen Arbeitslosigkeit, Bildungschancen und sozialen Sicherung durchaus bewusst. Gleichzeitig aber fordern insbesondere die Jüngeren den Wegfall bürokratischer Hürden, leichteren Zugang zu Konsumgütern sowie die Liberalisierung der Presse, welche auf Kuba nach wie vor von den Regierungspostillen dominiert wird. Weitere Verbesserungen im Bildungssystem sowie die steigenden Lebensmittelpreise und Lebenshaltungskosten sind hingegen Gebiete, für die nicht nur die interviewten Personen, sondern auch offizielle kubanische Stellen längst Handlungsbedarf erkannt haben.

Zwar lassen sich kubanische Gehälter mit europäischen Standards nur schwer vergleichen, und eine Pizza an einem Straßenstand kostet tatsächlich max. 30 Euro Cent, aber auch die müssen bei einem Monatseinkommen von umgerechnet weniger als € 20 erst einmal berappt werden. Dies soll einfach nur verdeutlichen, warum eine der befragten Personen auf die Frage, was er sich für die Zukunft Kubas wünsche, antwortete: „dass die Leute es ein bisschen einfacher haben.“ Ein Wunsch, der sich sicher über Kuba hinaus verallgemeinern lässt.

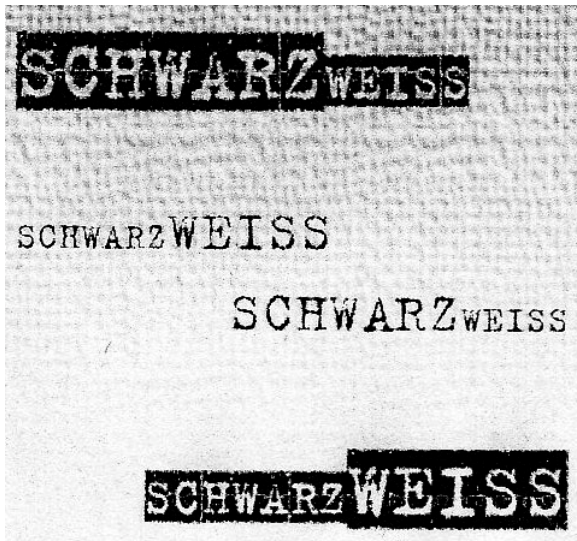
Hier mag ein überraschender Erkenntnisgewinn auch für diejenigen liegen, die die kubanischen Verhältnisse nicht nur aus den Mainstreammedien kennen, denn die Interviews zeigen nicht zuletzt eines: Kuba ist ein Land wie andere auch, mit Menschen, die alltägliche Sorgen haben. Sicher schafft der karibische Sozialismus einzigartige Bedingungen, bedeutende Fortschritte, deren Erhalt den KubanerInnen nur zu wünschen ist. Aber weder ist Kuba ein Gulag noch eine Insel der Glückseligen, sondern eine sicher be-

merkwürdige Gesellschaft, deren Mitglieder gerne Aufschluss über ihr Selbstverständnis geben. Wie dieses unter den Bedingungen des 50. Jahres der kubanischen Revolution aussieht, darüber gibt Voces Cubanas Auf-

schluss, und hoffentlich auch die kritische Auswertung, die dem Projekt in den nächsten Jahren folgen wird.

von Nick Williams

**Integration, die; -, -en:** [entlehnt aus lat. *integratio* = Erneuerung, Vervollständigung, Wiederherstellung und lat. *integer* = unversehrt, ungeschwächt, unange-tastet] 1. (Wieder)herstellung einer Einheit (aus Differenzierendem): Vervollständigung; 2. Einbeziehung, Eingliederung in ein größeres Ganzes.



Bereits dieser kurze Ausschnitt aus dem Lexikon zeigt deutlich, dass die Bedeutung des Wortes *Integration* eindeutig zweideutig ist. Der ersten Bedeutung liegt ein fortlaufender wechselseitiger Prozess zugrunde, bei welchem sich die einzelnen Elemente zu einem Ganzen zusammen schließen (*integratio* = Erneuerung). In der zweiten Bedeutung handelt es sich um einen Prozess, bei dem neu hinzu kommende Elemente, in eine bestehende Ordnung so aufgenommen werden, dass sie sich im Idealfall von den alten Elementen nicht mehr unterscheiden als diese untereinander. Das bereits bestehende Ganze bleibt *integer*, d.h. unangetastet.

In der deutschen Öffentlichkeit findet der Begriff vornehmlich im Rahmen der Eingliederung von Ausländern Verwendung. Dabei wird Integration in der Regel als Anpassung an die bestehenden gesellschaftlichen und kulturellen Verhältnisse verstanden. So erklärt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf seiner Homepage: „Integration ist ein langfristiger Prozess. Sein Ziel ist es, alle Menschen, die dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland leben in die Gesellschaft einzubeziehen. [...] Sie stehen dafür in der Pflicht, Deutsch zu lernen sowie die Verfassung und die Gesetze zu kennen, zu respektieren und zu befolgen.“ Integration wird hier nicht als wechselseitiger, ergebnisoffener Prozess verstanden, sondern als etwas das von den Ausländern gefordert werden muss: „Wenn Sie in Deutschland leben möchten, sollten Sie Deutsch lernen. [...] Außerdem sollten Sie einige Dinge über das Land, in dem Sie leben, wissen. Ge-

»Du denkst nur schwarzweiß!« – Jeder kennt diese vorwurfsvolle Metapher. Und fast jeder möchte ihre Zuschreibung vermeiden. Es heißt nämlich, man denke nur den einen Sachverhalt und sein Gegenteil, man differenziere nicht und lasse keine Zwischen- bzw. Grautöne zu. Das ist beschämend; zumindest aus unserer Sicht!

Wir wollen uns hier vorstellen als eine Gruppe mit dem Namen *schwarzweiß*, weil wir schwarzweiß als Sicht ablehnen. Diese Begründung ist irritierend, denn sie ist verkehrt. Doch sie trifft das Vorhaben: Die Gruppe *schwarzweiß* versucht durch Projekte, Veranstaltungen, Lektüre u. ä. gewohnte – vielleicht schwarzweiße – Umgangsformen zu irritieren und vielleicht zu verkehren.

Die Farben ›schwarz‹ und ›weiß‹ sollen als Schlagwörter dienen für ›erfundene‹ Kategorien, die mit Hierarchie und ungleicher Wertzuschreibung verbunden sind. Ein Beispiel unter vielen ist die Verbindung von bestimmter Werthaftigkeit und Hautfarbe.

Welche Kategorien sind wo auszumachen und wie tief greifen sie bzw. wo denken wir schwarzweiß? Diese und vergleichbare Fragen will die Gruppe *schwarzweiß* stellen. Sie will auf einen Blick und Selbstblick hinarbeiten, der nicht schwarzweiß denkt – der aber auch nicht grau sieht: denn es gibt keine Pole zwischen denen sich Stufen ausmachen ließen. Die Gruppe *schwarzweiß* plädiert für einen farbigen Blick, für eine Vielfalt von unterschieden Verschiedenem und doch Gleichwertigem!

schichte, Kultur und Rechtsordnung gehören dazu. All das lernen Sie im Integrationskurs.“

Der Begriff der Integration ist also doppeldeutig. In der öffentlichen Debatte wird er meist einseitig in seiner Bedeutung als Eingliederung in ein größeres Ganzes verstanden, was viel genauer mit dem Begriff der *Assimilation* erfasst wäre. *Assimilation* bezeichnet das Aufgehen von Individuen und/oder Gruppen in einer fremden Gesellschaft. Dies beinhaltet die Aufgabe der alten Identität und die Annahme eines neuen Zugehörigkeitsgefühls. Anhand der oben angeführten Beispiele zeigt sich, dass kaum öffentliches Interesse daran besteht, Integration als Herstellung einer Einheit aus Differenzierendem zu verstehen. Betrachtet man den Unterschied zwischen den verschiedenen Bedeutungen des Begriffs und der tatsächlichen einseitigen Auslegung, stellt sich die Frage, warum nicht der Ausdruck *Assimilation* anstelle von *Integration* verwendet wird.

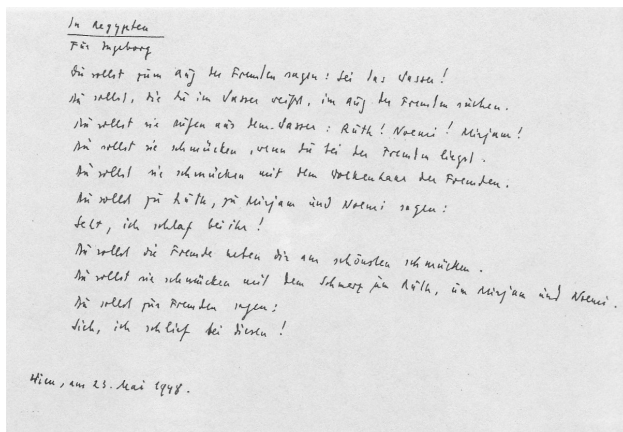
Bei der Debatte um Integration wird immer die Sprache als das entscheidende Kriterium herangezogen. Jüngst äußerte sich dazu die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Maria Böhmer: „Deutsch ist das Band, das uns verbindet.“ Dabei zeigt sich jedoch, dass gerade von denen, die sie einfordern, sprachlich ungenau mit dem Begriff *Integration* umgegangen wird.

von Simone Mbak, Jan Diebold, Caroline Authaler, Jan Becht, Janina Reibold, Philmon Ghirmai und Maja Tschumi

# „Ich wünsche mir, dass Du alles aus meinen Zeilen herauslesen könntest, was dazwischen steht.“

## Zum Briefwechsel zwischen Ingeborg Bachmann und Paul Celan

Ingeborg Bachmann. Paul Celan – Die Namen, die auf dem Umschlag dieses Buches stehen sind groß: Sie sind die Namen der beiden Hauptvertreter der deutschen Nachkriegslyrik. Darunter stehen zwei weitere Worte: Herzzeit. Briefwechsel. Schlägt man das Buch nun auf, treten einem Dokumente einer Liebesgeschichte entgegen, die ihresgleichen sucht, gleichzeitig schlägt man aber auch eines der dramatischsten Kapitel der deutschen Literaturgeschichte nach 1945 auf.



„In Ägypten“: das erste Gedicht, das Celan Bachmann 1948 widmet

Die Geschichte beginnt im Mai 1948 in Wien. Zwei Menschen begegnen sich: sie ist 21 Jahre alt, Philosophiestudentin und Tochter eines ehemaligen österreichischen NSDAP-Mitgliedes; er ist 27 Jahre alt, angehender Dichter, Sohn zweier 1943 in einem deutschen Konzentrationslager getöteter Juden und selbst Überlebender eines rumänischen Arbeitslagers. Menschen, deren Geschichte wohl kaum entgegengesetzter sein könnte, treffen aufeinander und verlieben sich.

Die Wochen des Glücks sind jedoch kurz, Paul Celan verlässt Wien bereits im Juni 1948 und zieht nach Paris. Danach gibt es nur noch das geschriebene Wort, durch das sie sich begegnen können. Nahezu 200 Briefe, Postkarten, Telegramme und Widmungen vom Frühling 1948 bis zum Herbst 1967 dokumentieren diese Begegnungen sowie ihr Scheitern. Es ist ein Ringen um Sprache: dutzende nicht abgesandte, geworfene Briefe und

gleichzeitig immer wieder das Bitten um Worte des anderen: »schreib mir nur überhaupt«.

Nur wenige Male sehen Ingeborg Bachmann und Paul Celan sich wieder. Beide führen Beziehungen: Paul Celan ist mit Gisèle Lestrangé verheiratet und hat einen Sohn, Ingeborg Bachmann ist mit Max Frisch zusammen. Zwischen beiden bleibt jedoch etwas Unzerstörbares, Treues, das bis an beider abruptes Lebensende (Celan 1970 durch Selbstmord, Bachmann 1973 in Folge eines Brandunfalls) bestehen bleibt. Ein einziges Mal kommt es 1957 zu einem erneuten Aufflammen ihrer Liebesbeziehung. In einem Brief aus dieser Zeit schreibt Paul Celan:

*Ich weiß ja nicht, was all das bedeutet, weiß nicht, wie ichs nennen soll, Bestimmung, vielleicht, Schicksal und Auftrag, Namensuche hat keinen Sinn, ich weiß, daß es so ist, für immer.*

*Auch mir gehts wie Dir: daß ich Deinen Namen aussprechen und aufschreiben darf, ohne mit dem Schauer zu hadern, der mich dabei überkommt – für mich ists, trotz allem, Beglückung.*

*Du weißt auch: Du warst, als ich Dir begegnete, beides für mich: das Sinnliche und das Geistige. Das kann nie auseinandertreten, Ingeborg.*

*Denk an »In Ägypten«. Sooft ichs lese, seh ich Dich in dieses Gedicht treten: Du bist der Lebensgrund, auch deshalb, weil Du die Rechtfertigung meines Sprechens bist und bleibst. [...]*

*Aber das allein, das Sprechen, ists ja gar nicht, ich wollte ja auch stumm sein mit Dir.*

Gerade diese Momente des Schweigens, jene wo die Spur, die zwischen den beiden zu finden ist, höchstens ein »Du weißt ja« hinterlassen hat, bleiben dem voyeuristischen Auge des Lesers verborgen und wahren das Geheimnis zwischen Ingeborg Bachmann und Paul Celan, das sich auch nach der Veröffentlichung ihres Briefwechsels nicht enthüllen, nur bestaunen lässt.

Von Janina Reibold

*Herzzeit: Ingeborg Bachmann – Paul Celan. Der Briefwechsel. Hrsg. von B. Badiou u.a., Suhrkamp 2008. 24,80 €*  
*Signatur in der UB: 2008 A 8013 und LA-I 15-2497*

## Änderung des Landeshochschulgebührengesetzes

### Befreiung für Studierende mit zwei oder mehr Geschwistern

Ab dem Sommersemester 2009 können sich Studierende mit zwei oder mehr Geschwistern von der Studiengebühr befreien lassen. Eine Befreiung ist anders als bisher, nun auch möglich, wenn die Geschwister nicht studieren.

Die plötzliche Gesetzesänderung legt den Schluss nahe, dass die Landesregierung die Lücken des Gesetzes zu schließen versucht, bevor die zahlreichen Klagen gegen

das Studiengebührengesetz in Baden-Württemberg in oberster Instanz verhandelt werden.

Die Befreiung muss vor Vorlesungsbeginn beim Studentensekretariat eingehen. Informationen gibt beim Studentensekretariat oder unter

[www.uni-heidelberg.de/studium/interesse/gebuehren/](http://www.uni-heidelberg.de/studium/interesse/gebuehren/)

nbb

# Nie wieder Studidemos? – Das neue Versammlungsgesetz

Seit Beginn diesen Jahres gilt in Baden-Württemberg das neue Versammlungsgesetz. Die Gesetzesänderung wurde möglich, da die Föderalismusreform von 2006 die Regelung von Versammlungen jeglicher Art von Bundeshand in die Verantwortung der Länder legt. Heftiger Widerstand aus Politik und Gesellschaft weisen darauf hin, dass es sich bei diesem Vorgang nicht um einen reinen Verwaltungsakt handelt. Vielmehr nutzt die hiesige Landesregierung nach bayrischem Vorbild die Gelegenheit, um sich weitreichende Rechte zu verschaffen, gegen unliebsame Versammlungen vorzugehen.

Das wird so auch offen erklärt. Allerdings in einem Fall, der schnell Zustimmung in der breiten Bevölkerung findet. Mit dem neuen Gesetz sollen Behörden und Polizei leichter gegen Naziveranstaltungen vorgehen können. Die neuen Regelungen behindern allerdings vielmehr diejenigen, die sich gegen Veranstaltungen von Neonazis wenden. Dass es die CDU zudem weniger auf rechtes als vielmehr auf linkes Konfliktpotential abgesehen hat, entlarvt ihre eigene Anfrage an das Innenministerium vom 24.07.07, wo auf eine Eindämmung von eben diesem durch das damals in der Planung befindliche Gesetz gedrängt wird.

Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der neuen Landesgesetze hegen die verschiedensten Lager. Protest kommt etwa von Vereinen, die ihre Freiheit besonders durch Verschärfungen und Neuregelungen zu „Veranstaltungen

in geschlossenen Räumen“ bedroht sehen. Gewerkschaften fürchten unter anderem, bei einer Streikveranstaltung in Arbeitskleidung gegen das Verbot gleichartiger Kleidung zu verstoßen. Selbst die bayrische Polizeigewerkschaft ist einer von 13 Klägern am Bundesverfassungsgericht.

Tatsächlich gefährden die neuen Beschlüsse durch die erhebliche Einschränkung der Versammlungsfreiheit grundlegende Prinzipien einer demokratischen Gesellschaft. Voller bürokratischer Hürden und eng gefassten Auflagen, macht gerade die Baden-Württembergische Version das Veranstalten einer Versammlung zu einer komplizierten und zudem nicht ungefährlichen Angelegenheit, da dem Versammlungsleiter bei Verstößen hohe Geld- und sogar Haftstrafen drohen. Der Veranstalter oder dessen Ordner können zudem vom Ordnungsamt abgelehnt werden. Welche Gründe dafür vorliegen müssen, ist im Gesetz nicht klar definiert. Ebenso unklar ist, worum es sich bei „gleichrangigen Rechten Dritter“ handelt, aufgrund derer Versammlungen verboten oder aufgelöst werden können. Das ist wahrscheinlich das Hauptproblem an der neuen Gesetzeslage. Bewusst offene Formulierungen öffnen Willkür durch Behörden und Polizei Tür und Tor. Gegen wen das Innenministerium auf dieser Grundlage alles vorgehen wird, wird sich sicher erst mit der Zeit zeigen – wie so oft, dann wenn die anfängliche Diskussion längst vergessen ist. Man darf gespannt sein, wann wir Studierende es spüren werden – wir werden sicher nicht unter den Letzten sein. yz

---

## Viel Theater um eigentlich Nichts!

### Die PH-Theatergruppe spielt Carlo Goldonis „Viel Lärm in Chiozza“

Eigentlich hat es Toffolo nur gut gemeint. Eine einzige Kürbisschnitte – nichts sagend, orange, banal, aber mit unvorstellbarem Explosionscharakter. Ein kleines italienisches Fischerstädtchen im 18. Jahrhundert: Chiozza – „40.000 Seelen“, davon 30.000 Frauen. Lebensmittelpunkte: Fisch, Heirat, Streit. Kann das gut gehen?

Goldonis Sitten- und Charakterlustspiel „Viel Lärm in Chiozza“ wurde 1762 unter dem Titel *Le baruffe chiozzotte* in Venedig uraufgeführt. Das „Nichts“, eine gebackene Kürbisschnitte, scheint ähnlich wie bei Shakespeares „Much Ado About Nothing“ Ur-Motiv des Stücks zu sein und führt – trotz seines eigentlich nichtigen Charakters – zu zahlreichen Verwirrungen und turbulenten Verwicklungen. Mit „Viel Lärm in Chiozza“ wendete sich Goldoni erstmals der sozialen, bis dato selten ins Bewusstsein gebrachten Welt des Volks zu und kreierte ein von den ursprünglichen Charaktertypen der italienischen *Commedia dell'arte* getragenes Lustspiel mit hefti-

gen Dialogen, grotesken Charakteren, lautstarken Auseinandersetzungen sowie theatralischen Liebesbeteuerungen und Trennungen. Amüsant, frech, laut, temperamentvoll, chaotisch turbulent – unbegreiflich!

Nach ernsteren Stücken wie der „Dreigroschenoper“ oder „Bernarda Albas Haus“ freut sich die studentische Theatergruppe, dieses Mal eine Komödie im Stil der italienischen *Commedia dell'arte* zu präsentieren. *von Isabell Pfeiffer*

#### **Aufführungstermine:**

22. Januar 2009	20 Uhr	Premiere
23.-24. Januar 2009	20 Uhr	
27. Januar 2009	14 Uhr	
28.-30. Januar 2009	20 Uhr	

#### **Hinweise zur Teilnahme:**

Preise: 8 / 5 Euro, Gruppe je 4 Euro

Vorverkauf ab 7. Januar: 06221/477-310, Tickets unter: [ph-tickets@gmx.de](mailto:ph-tickets@gmx.de), Reservierung: [www.chiozza.de](http://www.chiozza.de)

**IMPRESSUM** ...der UNIMUT-Zeitung an der Uni Heidelberg Nr. 2009/01 vom 16.01.2009 // Redaktion: Nina Bust-Bartels (nbb) | Alena Mehlau (amh) | Friedemann Vogel (fv) | Yannick Zundl (yz) // Auflage 5000 – Unidruckerei // Wir ermutigen ausdrücklich dazu, LeserInnenbeiträge zu verfassen, die im ZFB (Albert-Überle-Straße 3-5) abgegeben oder uns per Elektrobrief ([unimut@urz.uni-heidelberg.de](mailto:unimut@urz.uni-heidelberg.de)) zugeschickt werden können. // Für namentlich gekennzeichnete Beiträge ist der/die VerfasserIn verantwortlich. Die Redaktion behält sich Kürzungen nach Rücksprache und orthographische Dienstleistungen ohne Rücksprache vor. // Unterstützt von der F(ach)S(chäfts)K(onferenz) | Albert-Überle-Straße 3-5 | 69117 Heidelberg. | Tel. 06221/542456 | E-Mail: [unimut@urz.uni-heidelberg.de](mailto:unimut@urz.uni-heidelberg.de)